



95. Landesparteitag

Beschluss

Energie sicher, sauber und bezahlbar:

Wettbewerb statt Verstaatlichung für Hamburgs Energienetze

Die FDP Hamburg lehnt eine Rekommunalisierung der Energienetze ab: Dies gilt sowohl für die vom Senat durchgeführte Minderheitsbeteiligung als auch für die vollständige Rekommunalisierung, wie sie von „Unser Hamburg – unser Netz“ zur Abstimmung gestellt wird.

Die FDP empfiehlt allen Hamburger Wählerinnen und Wählern, beim Volksentscheid am 22. September mit „Nein“ zu stimmen.

I. Ausgangssituation

Die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland zählt zu den wichtigen wirtschaftspolitischen Aufgaben der kommenden Jahre. In unserer Arbeitswelt und im Alltag sind wir auf eine sichere Energieversorgung angewiesen. Verbraucher und Unternehmen fordern neben dieser Versorgungssicherheit jedoch auch eine günstige, bezahlbare Energieversorgung ein. Gleichzeitig sind unsere Erwartungen an Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit der Energieversorgung gestiegen. Die Energiewende der Bundesregierung zeigt die politische Leitlinie einer solchen Energiepolitik auf.

In diesem Spannungsfeld Versorgungssicherheit – Preisstabilität – Umweltverträglichkeit bewegt sich die Errichtung einer modernen Energie-Architektur von morgen.



Auch in Hamburg ist die politische Diskussion um die Zukunft der Energienetze voll entbrannt: Die Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“ fordert eine hundertprozentige Rekommunalisierung der Energienetze. Der Versuch von Bürgermeister Olaf Scholz und dem SPD-Senat der Initiative mit einer Minderheitsbeteiligung von 25,1 Prozent an den Energienetzen den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist gescheitert. Am 22. September stimmt Hamburg in einem Volksentscheid über die vollständige Rückverstaatlichung der Netze ab. Ein fragwürdiges Experiment mit deutlichen Auswirkungen auf den Haushalt und unvorhersehbaren Risiken für Verbraucher.

II. Rekommunalisierung der Netze: Viele Nachteile, keine Vorteile

Die Rekommunalisierung der Energienetze ist der falsche Weg für Hamburg: Konkrete Schritte für die Energiewende, eine gesicherte und preiswerte Energieversorgung oder sichere Arbeitsplätze – kein einziges dieser Ziele lässt sich durch eine Verstaatlichung der Energienetze in Hamburg verwirklichen: weder durch die Minderheitsbeteiligung des Senats, noch durch die vollständige Rekommunalisierung, wie sie von „Unser Hamburg – unser Netz“ gefordert wird.

Die Rahmenbedingungen für die Energiewende sind in Berlin geschaffen worden. Die Angebote der Energieerzeuger und das Verhalten der Energieverbraucher regulieren den Markt. Dazu bedarf es keiner Beteiligung Hamburgs an den Energienetzen, deren Betreiber nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ohnehin keinen Einfluss haben.

Wohl aber ist die Übernahme der Netze mit erheblichen finanziellen Risiken für die Stadt verbunden: Schon jetzt belastet der Kaufpreis von deutlich über einer halben Milliarde Euro den Haushalt zu einem Zeitpunkt, zu dem sich der Senat eigentlich Sparen und Konsolidierung auf die Fahnen geschrieben hat. Für einen vollständigen Rückkauf, wie er beim Volksentscheid zur Abstimmung steht, müssten sogar über zwei Milliarden Euro aufgewendet werden.



Ob sich aus der Beteiligung an den Netzen tatsächlich eine lukrative Einnahmeperspektive für die Stadt ergibt, ist kaum absehbar. Erhebliche Investitionen in die Infrastruktur, die Anpassung an eine zukunftsfähige Netzarchitektur („Smart Grids“) und die Umsetzung der Vorgaben der bundespolitischen Energiewende lassen erahnen, dass große finanzielle Risiken für Hamburgs Steuerzahler mit der Teilverstaatlichung verbunden sind.

Mit der Rekommunalisierung hat sich Hamburg außerdem auf einen ordnungspolitisch fragwürdigen Weg begeben, indem der Staat Mitspieler statt Schiedsrichter im Bereich der Energieversorgung wird und somit zur Wettbewerbsverzerrung beiträgt.

Darüberhinaus fordert die FDP Hamburg, dass die Stadt Hamburg ihren Anteil von 25,1 Prozent an den Netzgesellschaften verkauft.

III. Sichere und günstige Energieversorgung durch fairen Wettbewerb

Die Verstaatlichung der Energienetze ist ein Irrweg: Ob bei einer 100-prozentigen Rekommunalisierung, wie es die Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“ will oder zu einer 25,1-prozentigen Minderheitsbeteiligung.

Die FDP setzt dem ein Konzept der sicheren und günstigen Energieversorgung durch fairen Wettbewerb entgegen:

- Wir bekennen uns zur Energiewende der Bundesregierung und wollen einen Ausbau moderner, zukunftsfähiger Energienetze, die diesem Leitgedanken gerecht werde: zum Beispiel durch eine stärkere Dezentralisierung der Versorgungsstruktur und einen höheren Anteil erneuerbarer Energien.
- Wir lehnen eine Rekommunalisierung der Netze ab, weil sie hohe Risiken für den Haushalt und somit für die Steuerzahler mit sich bringt.



- Wir bekennen uns zur Nutzung des hocheffizienten Kraftwerks Moorburg und streben eine stärkere Auslastung an, vor allem durch den Ausbau der Trasse Moorburg-Altona.